

**Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2019**  
**Landes- und Gemeindeverwaltung**  
**Burgenland**

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Grundsteuer VA-B-ABG/0005-C/1/2018	Marktgemeinde (MG) Rotenturm an der Pinka	Obwohl der Bf nicht mehr Eigentümer eines Grundstücks war, schrieb die Marktgemeinde ihm - und nicht dem neuen Eigentümer - die Grundsteuer vor. Die Marktgemeinde rechtfertigte sich damit, dass zum Zeitpunkt der Vorschreibung noch kein aktueller Einheitswertbescheid vorlag, der den neuen Eigentümer auswies. Die Beschwerde wurde von der VA als berechtigt qualifiziert. Die Marktgemeinde stellte das Abgabekonto auf null und behob damit den Grund der Beschwerde.
Akteneinsicht VA-B-BT/0043-B/1/2018	Marktgemeinde Riedlingsdorf	Der Bürgermeister verweigert rechtswidriger Weise die Akteneinsicht in einen Bauakt.

## Niederösterreich

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Depotgebühr VA-NÖ-ABG/0008-C/1/2018	Wasserleitungsverband (WLV) der Triestingtal- und Südbahngemeinden	Der WLV hatte einem Bf Depotkosten für einen Wasserzähler mit Bescheid vorgeschrieben. Die Kosten hätten aber in Form einer Rechnung vorgeschrieben werden müssen, weil der WLV privatwirtschaftlich tätig wurde. Der WLV korrigierte den kritisierten Bescheid und verrechnete die Depotgebühr nicht.
Grundverkehrsbehördliches Verfahren VA-NÖ-AGR/0012-C/1/2018	Grundverkehrsbehörde Hollabrunn	In der Kundmachung eines Rechtsgeschäftes über land- und forstwirtschaftliche Grundstücke war eine nach dem NÖ Grundverkehrsgesetz 2007 örtlich nicht zuständige Bezirksbauernkammer zur Abgabe einer Interessentenerklärung angegeben worden. Die Grundverkehrsbehörde berichtigte die Kundmachung und behob den Fehler.
Mahnung von Gemeindegebühren VA-NÖ-ABG/0024-C/1/2018	Stadtgemeinde Ebenfurth	Die Stadtgemeinde forderte von der Bf Abgaben ein. Die Bf konnte allerdings die bereits erfolgte Zahlung der Abgaben mit Unterlagen nachweisen. Die Stadtgemeinde räumte den Fehler ein. Diverse Buchungen konnte die Stadtgemeinde zum Teil zwar nicht mehr nachvollziehen, buchte die „offenen“ Forderungen aber zur Gänze aus.

## Salzburg

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Kaufvertrag VA-S-G/0013-B/1/2018	Gemeinde Faistenau	Der Bürgermeister legt anlässlich eines Abschlusses von Mietverträgen Kaufbedingungen zur Zustimmung vor, ohne eindeutig klarzulegen, dass diese sich entsprechend dem Gemeindevertretungsbeschluss nur auf das eingeräumte Vorkaufsrecht beziehen und nicht den Abschluss eines Mietkaufs bedeuten.

## Wien

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Dauer der Staatsbürgerschaftsverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 21	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden oder nur sehr wenige Verfahrensschritte. Dadurch kam es zu vermeidbaren Verzögerungen, wobei organisatorische Mängel und eine steigende Anzahl an Staatsbürgerschaftsverfahren keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Die VA regte an, die Verfahren so rasch wie möglich abzuschließen, sofern sie im Lauf des Prüfverfahrens nicht bereits abgeschlossen wurden.
Mindestsicherung VA-W-SOZ/296-A/1/2018	MA 40	Eine Bf wurde zur Vorlage einer Scheidungsurkunde aufgefordert, obwohl sie gar nicht verheiratet war. Die VA erwirkte eine Zuerkennung der Mindestsicherung in voller Höhe.